

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden,
Raden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontofonto:
Gebr. Kuhnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alttadt

Abonnementpreis einschließlich Frangoband monatlich 6,500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6,600.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 2,500.— M., Einzelnummer 800.— M., Sonnabendnummer 400.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Schließzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die vormalige Komparativzeile 700.— M., auswärts 800.— M., die Kapitalzeile 800.— M., auswärts 850.— M., Ausland 8500 u. 12000 M. Bei mehrmalig. Ausgabe Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Reiseanzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 300 M.

Nr. 142

Dresden, Donnerstag den 21. Juni 1923

34. Jahrg.

Für Verständigung

Das letzte deutsche Angebot hat auch in Frankreich wenigstens insofern eine gute Wirkung erzielt, als die Stimmen der Verantw. sich wieder mehr als bisher hervormagen. Die Pariser Revue Nouvelle stellt als Ergebnis der französischen Außenpolitik fest: Im Dezember hat der Diktator 95 Franz die Tonne gekostet, Anfang Februar stieg er auf 110, dann auf 150, im März auf 190. Frankreich mußte also 90 Millionen mehr zahlen, während es viel weniger Kohle erhielt.

In einer Protestversammlung gegen die Ruhrbesetzung in Paris schlug der Vorsitzende des Bundes für Menschenrechte, der Abgeordnete Puffen, vor, daß die Lösung des Reparationsproblems und des Ruhrproblems dem Völkerbund übertragen werden soll. Emile Kahn führte aus, daß gegen die Ruhrbesetzung gerade diejenigen einzuwenden seien, die an der Bezahlung der Reparationen am meisten interessiert sind, nämlich die Geschädigten in Nordfrankreich. Frankreich würde die Ruhrbevölkerung, die am besten zur Bezahlung der Reparationen entschlossen war und die dem deutschen Militarismus am fernsten stehe.

Gewichtiger oder als diese Stimmen des „andern“, des friedlichen Frankreichs sind die Äußerungen des offiziellen Pariser Temps zu werten, der auf den auch von uns gebrauchten Artikel „Deutsch-französische Verständigung“ (in Nr. 140 der V.) antwortet. Zwar ist die betreffende Äußerung des offiziellen Pariser Blattes unbestimmt und läßt an Klarheit vieles zu wünschen übrig, aber sie bietet für denjenigen, der eine ehrenvolle Verständigung herbeiführt, trotzdem eine Basis zur Fortsetzung der Diskussion. Sogar doch selbst der Temps, daß die Frage, Kapitulation oder nicht, falsch sei, weil von einem Deutschland, dessen Zulassenbruch abgesehen ist, keine Rede sein und keine Reparationen zu erhalten sind, während der Zweck der französischen Politik darauf hinausläuft, in den Besitz von Kohlen und Reparationen zu gelangen. Seit dem 11. Januar ist eine derartige Ansicht weder von einem französischen Staatsmann noch von einem maßgebenden Pariser Blatt zum Ausdruck gebracht worden, obwohl sie zweifellos die Voraussetzung für jede Verständigung bildet. Da nach dem Temps die französische Politik ernsthaft den Zweck haben soll, Reparationen zu erhalten, muß Frankreich zunächst auf die Politik der Gewalt verzichten. Die Frage bleibt also vorläufig, ob die Bestellungen des offiziellen Pariser Organs

von der Aufrichtigkeit getragen sind, die es selbst von der deutschen Politik verlangt. (Reider hat Frankreichs Aufrichtigkeit bisher viel zu wünschen übrig gelassen.)

Ist Frankreich, wie der Temps behauptet, tatsächlich davon durchdrungen, daß eine Kapitulation Deutschlands nicht in seinem Interesse liegt, dann müßte es in eine lockere und aufrichtige Erörterung eines Waffenstillstandes auf Gegenseitigkeit eintreten. Der Temps als maßgebendes Organ der französischen Öffentlichkeit könnte sich ein Verdienst um den Frieden in Europa erwerben, wenn er auf unsere Formulierungen über den Waffenstillstand klipp und klar antwortete und damit in der Tat den Beweis lieferte, daß Frankreich die Verständigung will. Eine Verständigung kann nicht über den Weg eines Diktats erfolgen, sondern ergibt sich nur durch Abmachungen auf Gegenseitigkeit, die erträglich sind und dann auch innewohnen werden. Soweit die Frage des passiven Widerstandes in Betracht kommt, haben wir die Möglichkeit der Lösung in klaren Formulierungen gehalten, die sowohl der einen wie der andern Seite Zugeständnisse bringt und damit im wahren Sinne des Wortes auf eine Verständigung hinauslaufen.

Die Lage im Ruhrgebiet

Überfeld, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach wie vor liegt der Verkehr auf den Hauptstraßen brach, so daß die Versorgung der Lebensmittel durch Autoschlappen und Fuhrwerke erfolgen muß. Vereinzelt haben die Franzosen die Wälder wieder freigegeben, aber sie in einem solchen Zustande hinterlassen, der eine Benutzung ausschließt. Im übrigen sind die Eisenbahnschienen aufgerissen, so daß ein Verkehr nicht möglich ist. — In Höhe sind am Mittwoch von den fünf Höfen der Rheinwerke drei stillgelegt worden, so daß nur noch zwei in Betrieb sind.

In Belsenkirchen haben sich die Verhältnisse erneut zugespitzt. Bekanntlich sollte hier in diesen Tagen die sogenannte rot-weiße Sicherheitswehr durch eine blaue Polizei ersetzt werden. Die Sicherheitswehr, die sich zum größten Teil aus Kommunisten und Unionisten zusammensetzt, weigert sich jedoch, ihren Dienst zu quittieren, so daß die Stadtmehrheit sich gezwungen sehen wird, die Entlohnung der Wehrmitglieder einzustellen.

entwickeln. Wie die Firma Stinnes entgegen der Wahrheit im April behauptet, daß sie außerhalb der Börse 100 000 Pfund Sterling zu kaufen versucht hat, so bestritt jetzt die Firma Otto Wolff, daß sie Mißbrauch mit einem Kredit des Reiches getrieben habe. Sie stellt fest, daß weder sie noch ihre Teilhaber aus der Reichshilfe oder irgend einer ähnlichen Organisation irgendwelche Kredite beantragt noch erhalten haben.

Dieses Dementi widerspricht in jeder Beziehung der Wahrheit. Im Untersuchungsausschuß des Reichstages hat der Vertreter der Reichsregierung mitgeteilt, daß zwei Firmen, die dem Konzern Otto Wolff angehören, aus der Gewerbl. Hilfskasse Kredite im Betrag von vier Milliarden Reich auf Lohnzahlung empfangen haben, die zum Teil für andere Zwecke Verwendung fanden. Angesichts dieses wachheitwidrigen Dementis der Firma Otto Wolff aber erscheint es uns notwendig, daß die Regierung sich nun öffentlich zu einer Auskunft bereit erklärt, falls sie nicht den Vorwurf auf sich laden will, daß sie mitschuldig ist an der von den drei Firmen des Wolff-Konzern verübten Schädigung von Kreditinstituten des Reiches.

Der Schreckenweg der Lava

Castiglione und Catan a vernichtet

Catania, 20. Juni. Die Lavamassen des Vena haben den Bahnhof von Ferro vernichtet und den Weg zwischen Linguaglossa und Randazzo überstritten. Der Lavastrom wälzt sich in einer Breite von hundert Metern fort.

Ebenso sind die Lavamassen über die Stadt Castiglione vorgezogen, die vollkommen verschwunden ist. Auch der Ort Catan a ist vernichtet worden. Linguaglossa wurde von der Bevölkerung vollständig geräumt. Endlose Prozessionen durchziehen mit Heiligenbildern die zerstörten Landstriche.

Rom, 20. Juni. Die Breite des Lavaströmes am Vena betrug gestern 700 Meter, die Höhe über acht Meter. An einzelnen Stellen erreichte aber die Lavamasse die Höhe von 20 Metern. Die Schilderungen von Flüchtlingen aus dem südlichen Sizilien sind eine wahrhafte Wiedergabe der Schilderungen, die Kuter in seinem Roman „Die letzten Tage von Pompeji“ niedergelegt hat. Wie Kugelkörner peitschten die glühenden Papillen die Gesichter der Unglücklichen. Weithin hört man das Krachen, das die Feuerwalze verursacht, wenn sie sich über die Italien atmosphärische Unglücksfälle. In Romagna hat eine Wasserhose zwei Fischerdörfer in die Luft geschleudert und zerstört. Aus den Apenninen werden Schneestürme gemeldet.

Rom, 20. Juni. Das Unheil, das in Sizilien vor sich geht, scheint in ganz Italien Schrecken hervorzurufen. Dazu trägt der Aberglauben ebenso viel bei wie die großen Leiden der sizilianischen Bevölkerung. Mussolini hat daher dem Minister für öffentliche Arbeiten Vollmachten gegeben und eine sofortige Unterstützungskommision ernannt. Er wird sich selbst nach Sizilien begeben, sobald er von Florenz zurück ist, wo er zum Ehrenbürger ernannt werden soll. Die sachliche Regierung hat jetzt die Aufgabe, 28 000 Familien unterzubringen. Die Zahl wird sich in die Hunderttausende erhöhen, wenn der Ausbruch in der jetzigen Stärke andauert.

Chauvinistische Internationalisten

J. B. Die tschechischen Sozialdemokraten haben auf dem Hamburger Kongress nicht gerade die rühmlichste Rolle gespielt. Es ist ihnen durch die Memoranden der deutschen, der ungarischen und der polnischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschecho-Slowakei sowie der tschechischen Unabhängigen nachgemessen worden, daß sie alle Pflichten einer wahrhaft sozialistischen Partei verlegt haben. Der Kongress hat dem auch die Argumente dieser Parteien gewürdigt und trotz dem Widerstande der tschechischen Sozialdemokraten eine Kommission eingesetzt, die die Verhältnisse in der Tschecho-Slowakei zu prüfen, eine Vermittlung zwischen den bestehenden sozialdemokratischen Parteien anzustreben und der Exekutive der Internationale ihre Anträge zu unterbreiten hat. Damit ist schon ein Recht der Exekutive ausgesprochen, über die Anträge der Kommission, die aus den Genossen Gräber, Schweiz, Guymans, Belgien, und Burton, England, unter Einziehung des Genossen Otto Bauer als Vertrauensmannes der deutschen Sozialdemokraten und des belgischen Genossen de Proutiere als Vertrauensmannes der tschechischen Sozialdemokraten besteht, zu entscheiden. Es ist die erste Form der Bindung der Landesparteien durch die Internationale, ausgesprochen unter Zustimmung der tschechischen Sozialdemokraten.

Um so erstaunter mußte man sein, als nach der Rückkehr aus Hamburg sofort ein wahrhaftes Zrommelfeuer der tschechischen Sozialdemokraten gegen die deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei der Tschecho-Slowakei begann. Es wurde dieser Partei vorgeworfen, daß sie in Hamburg illoyal vorgegangen sei, daß sie die Internationale überstumpelt habe und ähnliches mehr. Alle diese Vorwürfe wären zu ertragen gewesen als der Ausbruch des Verrats über die erlittene Niederlage, wenn nicht auch sofort eine Sabotage des Hamburger Beschlusses begonnen hätte. Man bemühte sich, der tschechischen Parteioffiziellen einzureden, daß die beschlossene Kommission nur einen informativen Charakter habe. Da man aber der Wirkung der eigenen Argumente nicht trauen konnte, nahmen die Führer der Partei auch sofort selbst zu der Kommission und ihren Kompetenzen Stellung. Besonders war es der geistige Führer der tschechischen Delegation in Hamburg, der frühere Ministerpräsident Meißner, der in einem offenbar parteioffiziellen Artikel im Zentralorgan der Partei, dem Bravo Lidu, ganz offen erklärte, daß die tschecho-slowakische Sozialdemokratische Partei eine Kommission beauftragt habe, die die Absicht habe, sich über die Verhältnisse in der Tschecho-Slowakei unparteiisch zu informieren, daß sie ihr aber jede Kompetenz absprechen müsse, über die innerpolitische Taktik der Partei zu urteilen und daß sie vor einer Kommission mit solchen Kompetenzen überhaupt nicht erscheinen werde. Es könne keiner internationalen Versammlung das Recht zuerkannt werden, über diese Dinge zu urteilen, sondern des Urteils über die Taktik der innerpolitischen Taktik müsse der Arbeiterschaft des betreffenden Landes überlassen werden.

Zweifellos stehen wir hier vor einer sehr wichtigen Frage. Die tschechischen Sozialdemokraten sind im Recht, wenn sie behaupten, daß das Beispiel der Moskauer Internationale abschreckend wirke und daß sie mit ihrer dogmatischen Bindung der einzelnen Landesparteien ein vollständiges Fiasko erlitten habe. Es wäre unverantwortlich, wollte man erkannte Fehler nachahmen. Aber es wäre ebenso unverantwortlich, wollte man die Internationale zu einem Defektionsstück stempeln, das nur alle heiligen Tage einmal aus dem Schrank genommen werden darf, ohne daß es an den ganzen Wochenagen auch gewisse Funktionen zu erfüllen hätte. Die Internationale ist mit einer gewissen Skepsis in den Reihen des revolutionären Proletariats aufgenommen worden und es wäre die denkbar schlechteste Empfehlung, wollte man diese Skepsis noch nähren durch die Tatsache, daß sich die Internationale jedes Rechtes der Einflußnahme auf eine wirklich sozialistische Politik der angeschlossenen Parteien beraubt. Bleiben wir bei dem Grundgedanken, daß über die Politik und Taktik im eigenen Lande die Arbeiterschaft des betreffenden Landes zu entscheiden hat. Aber dann muß ganz selbstverständlich und logischerweise dieses Recht nicht einem einzelnen Parteispalter überlassen bleiben. Es ist ein unerträglich Gedanke, daß in einem Lande, wo mehrere sozialistische Parteien der Internationale angeschlossen sind, sich eine Partei, die noch nicht einmal die stärkste ist — und die tschechischen Sozialdemokraten werden möglicherweise bei den kommenden Gemeindevahlen schwächer sein als die deutschen —, anmaßt, nun auf Grund ihrer Ansehenhaftigkeit zu der zufällig herrschenden Nation allein über die Verwendung der vorhandenen Kraft des Proletariats zu entscheiden. Wer ist denn diese tschecho-slowakische Arbeiterschaft? Doch wohl kaum jener Teil des Proletariats in der Tschecho-Slowakei, der zu der tschechischen und der slowakischen Nation gehört, sondern das gesamte Proletariat dieses Staates. Und nun stehen wir in der Tschecho-Slowakei vor der Tatsache, daß eine sozialdemokratische Partei in einer Koalitionsregierung mit den arsten Feinden des Proletariats, wie mit den Merkelen und der Partei der Amerindustriellen, den Nationaldemokraten, steht und mit ihnen gegen andere Teile des Proletariats regiert! Und zwar nicht regiert mit dem Einverständnis der übrigen Teile des Proletariats, sondern gegen ihren Willen. Wir müssen mit Trauer konstatieren, daß ein Teil des Proletariats in der Tschecho-Slowakei sich sogar hinter die gemäßigteren Friedensverträge stellt, nur weil auf ihnen die Existenz der Tschecho-Slowakei aufgebaut ist. Weil durch die Friedensverträge das

Verteidiger der Devisenspekulation

Die Sitzung des Untersuchungsausschusses über die Wahrung begann am Mittwoch mit einer Geschäftsordnungsdebatte. Die Abgeordneten Dauch (D. Vp.) und Heffertich (Dial. Vp.) beschränkten sich über mangelnde Objektivität bei der Berichterstattung der bürgerlichen Presse. Abg. Lang-Degetmann (Zr.) ermahnte die Mitglieder des Ausschusses, wegen der Einnahme der Presse nicht nervös zu werden. Genosse Schmidt fügte hinzu, daß die Presse das Recht habe, zu den Darlegungen im Ausschuß freies Recht zu nehmen. Das sei auch das gute Recht der sozialdemokratischen Zeitungen. Die beiden Zeugen Dr. Bernstein (vom Zentralverband der Banken) und Direktor Gleimius (von der Devisenprüfungsstelle) wurden vernommen. Direktor Gleimius erklärte, das Mandat des Zentralverbandes der Banken habe zweifellos zu einer Verzögerung der Verantwortung der Anfrage der Devisenprüfungsstelle durch die Banken geführt. Der Zentralverband hätte die Verpflichtung gehabt, die Devisenprüfungsstelle von seinem Schritte zu unterrichten. Dr. Bernstein erklärte, die Absicht der Verzögerung habe dem Zentralverband ferngelegen.

Genosse Herz stellte an Hand der Äußerungen des Sozialwissenschaftlers und des Vorwärts fest, daß dieser lediglich berichtet habe, daß der Zentralverband ein Mandatsverstoß verhandelt habe mit der Aufsicht, mit der Verantwortung der Anfrage der Devisenprüfungsstelle zur Kasse zu sein. Das sei eine Tatsacheneinblendung, die durch den Wortlaut des Mandatsverstoßes des Zentralverbandes voll bestätigt sei. Die Absicht der Verzögerung durch das Mandatsverstoß läßt sich selbstverständlich niemals nachweisen. Daß das Mandatsverstoß eine Verzögerung der Nachprüfung der Devisenprüfungsstelle der Banken zur Folge gehabt habe, beruht auf Verweigerung von Genossen Herz Direktor Gleimius ausprüchlich.

Auch die Vernehmung des Hamburger Großbankiers Dr. Meißner ergab nichts Neues zu den konkreten Vorgängen am und vor dem 18. April da der Zeuge zu dieser Zeit betrunken war. Seine allgemeinen Darstellungen bestätigten, daß für die sozialen Kurstöße am 18. April und in den letzten Tagen vorläufige Notwendigkeiten nicht vorlagen. Am Schluß der Vernehmung dieses Zeugen wurde vom Abg. Dauch (D. Vp.) die Frage aufgeworfen, ob es unwahrscheinlich sei, daß Devisen außerhalb der Börse gekauft werden. Meißner verneinte das. Als darauf Dauch Bestellungen machen wollte, daß der Handelsdirektor dieser von der Frankfurter Zeitung mit seinen Behauptungen gegen Stinnes sich im Unrecht befindet, erhoben die sozialdemokratischen Mitglieder gegen diese tendenziöse und mit den Tatsachen in Widerspruch stehende Feststellung Einspruch. — Bei dieser Gelegenheit sei mit aller Deutlichkeit gesagt, daß es häufig den Eindruck macht, daß einige der bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses sich als Wähler des allgemeinen Interesses, die der Devisenspekulation entgegenzuwirken haben, sondern als Verteidiger der Devisenspekulation, die gegen das deutsche Volk gerichtet ist. Wenn die Herren an dieser Methode festhalten, so dürfte die Notwendigkeit vorliegen, ein solches Verhalten an Hand aller über vorliegenden Unterlagen mit aller Entschiedenheit zu kritisieren.

Ein wahrheitswidriges Dementi

Otto Wolff, der größte Konkurrent Stinnes', scheint in der Rede vom Scheindementi sich zum Nachbeter von Stinnes zu